

Wien, am Samstag, den 18. Dezember 1926.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 18. Dezember 1926.

Fortsetzung der Generaldebatte über den Voranschlag.

Bürgermeister Seitz eröffnet um zehn Uhr die Sitzung. Da nur wenige Gemeinderäte im Saal anwesend sind, gibt Gemeinderat Doppler, dem der Bürgermeister das Wort zur Fortsetzung seiner Rede erteilt hatte, seiner Meinung Ausdruck, dass der Gemeinderat nicht beschlussfähig sei und daher die Sitzung nicht beginnen könne. Der Bürgermeister erklärt jedoch, dass laut Statut die Sitzung eröffnet werden kann.

Gemeinderat Doppler (chr. soz.) Da ich nicht glauben kann, dass bei einem nicht beschlussfähigen Haus die Sitzung eröffnet werden kann, lege ich gegen die Verfügung des Herrn Bürgermeisters Protest ein.

Ich knüpfe nun an meine gestrige Rede an. Es soll in Ihrem Organ in dem Aufsatz der Eindruck geweckt werden, dass wir ein frivoles Spiel treiben. Wir werden fälschlich der Obstruktion geziehen, obwohl es nur unsere Pflicht ist, die eine Gelegenheit des Jahres zu benützen, um uns mit Ihnen auseinanderzusetzen. Ich muss schon sagen, dass die Methode der Arbeiterzeitung nicht anständig ist und in ein Gebiet führt, auf dem die Demagogie schon im Anmarsch ist. Es heisst in dem Artikel: Mit allen Mitteln! Das heisst, jede Gewalt anzuwenden, um die Minderheit in der Ausübung ihres Rechtes und ihrer Pflichten als freigewählte Vertreter des Volkes mühtot zu machen. Wir haben vor nicht langer Zeit erlebt, dass Ihre Partei durch Wochen hindurch im Parlament im Mietenausschuss eine wilde Obstruktion gemacht hat. Dort wurden keine sachlichen Reden geführt.

Nach diesen Worten bricht Gemeinderat Doppler seine Rede ab und stellt den Antrag, die Sitzung zu schliessen, da immer noch sehr wenige Mitglieder des Gemeinderates im Saal anwesend sind. Der Vorsitzende Gemeinderat Schorch erwidert ihm aber, seine Rede fortzusetzen.

Gemeinderat Doppler fährt nun weiter aus: Ich füge mich diesem Gewaltakt und spreche weiter. Bei Ihrer Obstruktion im Parlament hat es Autohuppen und alle möglichen Gegenständen gegeben, mit denen man einen Hüllenspektakel machen kann. Diese Obstruktion wurde in Ihrer Presse als heroische Tat gefeiert. Nun ich sage, was dem einen Recht ist, muss dem anderen billig sein. Es ist gar kein Grund zur Aufregung vorhanden, wenn wir in sachlicher Weise zu jedem Gegenstande sprechend Kritik üben.

Wir haben in ganz bescheidener Art an Sie ein paar sachliche und begründete Forderungen gestellt, die im Interesse der Volkswirtschaft sind, und die einen kleinen Teil Ihrer Ueberschüsse in Anspruch nehmen. Ich habe Ihnen schon nachgewiesen, dass alle Argumente, die Sie in frech demagogischer Weise an unsere Forderungen geknüpft haben, nicht zutreffen. Sie setzen heute den Verleumdungsfeldzug in Ihrer Presse fort. Heute unter dem Titel "Die Agenten des Kapitals". Die gleichen Vorwürfe werden in diesem Aufsatz gegen uns erhoben. Sie sind unbeliebar. Es ist nicht möglich, mit Ihnen einen Kampf mit offenem Visier zu kämpfen. Sie stützen Ihre Ablehnung auf fortgesetzte Verleumdungen und Beleidigungen. Das ist das Verwerfliche, das wir bekämpfen müssen. Ich muss heute wieder die Beleidigung zurückweisen. Wir können uns nicht bieten lassen, von Ihrem Organ als bezahlte Agenten hingestellt zu werden. Der Artikelschreiber ist ein Ver-

leumder und alle anderen, die das, was dort geschrieben steht decken, sind es gleichfalls. Sie sagen, dass wir die Agenten des Kapitals sind. Schauen wir einmal nach, wo die Gemeinde Wien ihre Gelder angelegt hat. Sie lässt diese Gelder nicht in der eisernen Kasse verschimmeln, sondern legt sie bei den Grossbanken an, als deren Agenten man uns bezeichnet. Durch Ihre Finanzwirtschaft wird die Bevölkerung in ganz ungeheurer Weise getraffen. Wenn es um die Interessen der Industrie geht, so ist es selbstverständlich, dass sich der Industriellenverband mit der Sache beschäftigt. Alle diese Leute stellen fest, dass es so wie bisher nicht mehr weiter gehen kann. Das sagen Ihnen übrigens auch in vielen Fällen Ihre eigenen Parteigenossen. Es ist sicher, dass die Verhältnisse sehr arg geworden sind. Mag sein, dass hier und da durch Verträge mit dem Ausland ungünstige Wirkungen ausgelöst wurden. Warum sind aber gerade in Wien die Verhältnisse so schlecht. Das ist nicht zuletzt auf die Finanzwirtschaft der Gemeinde zurückzuführen. In den Bundesländern bestehen bedeutend bessere Verhältnisse und am schlechtesten ist es doch in Wien. Wir sehen, dass auch nach Ihrer Meinung das Gewerbe nicht so ganz vogel frei ist. Eine vernünftige kaufmännische Organisation ist immer dringend notwendig. Wir haben niemals nur ein Wort für den übermässigen Zwischenhandel gesprochen. Wir finden es begreiflich, dass sich der aufrechte Kaufmannstand gegen Ihre Steuerpolitik auflehnt. Für den bedient sich die Arbeiterzeitung des Ausdruckes: Ausbeuterorganisationen.

Es ist nur traurig, dass Sie in der Zeit der Freiheit Ihre Leute zwingen, nur Ihre Presse zu lesen und dass ihnen eine andere Literatur vorenthalten wird und sich die Leute daher kein richtiges Bild machen können. Wie sehr es uns nicht darum zu tun ist, ein Stummelaufen gegen die Person des Herrn Stadtrates Breitner zu inszenieren, geht klipp und klar aus einer Aeusserung unseres Klubvorstandes in der Presse hervor. Uns geht es um die Sache. Wie ich schon gesagt habe, statt zu sachlichen Argumenten wird zu Beleidigungen gegriffen. Man will der Sache eine andere Wendung geben. Wie sehr Sie versuchen, durch Ablenkungsmittel die Kritik zu verwischen, sehen wir daraus, dass Sie schreiben, wir tun nur das, was die Ausbeuterorganisationen uns befohlen haben. Der Kaufmannstand wird Ausbeuterorganisation genannt. Mit solchen Schlagworten dürfen Sie nicht hausieren gehen.

Der Redner kommt nun auf die Wirtschaftsverhältnisse in der russischen Sowjetrepublik zu sprechen und beschäftigt sich ausführlich mit einem Urteil eines ^{der} ~~gewesenen~~ Bevollmächtigten/russischen Sowjetregierung, namens Jakob Padian, der die russischen staatlichen Einrichtungen als für die ganze Menschheit verderblich bezeichnet.

Der Zukunftsstaat, der durch die Steuerpolitik Breitners vorbereitet werden soll, wird also als verderblich geschildert. Wenn die Zukunftsideale, die Sie haben, so aussehen, dann ist kein Grund vorhanden, so wegwerfend über Stände, die für die Volkswirtschaft notwendig sind, zu sprechen. Alle die Beleidigungen fallen wieder auf Sie zurück.

Zweiter Bogen.

Alle wissen, wie eng die Beziehungen zwischen Rathaus und Grösskapital sind. Sie behaupten auch, dass Sie Freunde der Angestellten sind und benützen jede Gelegenheit, um sich als die berufenen Vertreter der Arbeiter und Angestellten hinzustellen. Die Beweise dafür sind Sie aber schuldig geblieben. Ein besonders krasser Fall, der so recht Ihre Angestelltenfeindlichkeit zeigt, ist die geplante Entziehung der Kinolizenz der Gesellschaft Goldene Kreuz. Sie haben jetzt auch die Kinolizenzen zu vergeben. Die Entziehung dieser Lizenz ist ein sehr unfreundlicher Akt. Das goldene Kreuz betreibt ein Spital für Bundesangestellte. Der Ertrag dieses Kinos wurde zur Ermässigung der Verpflegskosten für Bundesangestellte verwendet. Im Jahre 1925 wurden rund 34.000 Schilling aus dem Ertrag dieses Kinos für die Ermässigung von Verpflegskosten ausgegeben, also wohltätigen Zwecken zugeführt. Die Entziehung der Lizenz hat also schwere Folgen, weil diese Begünstigungen nicht mehr gewährt werden können. Sie haben jetzt eine Ueberprüfung eingeleitet und es hat auch eine Besichtigung des Spitals durch Vertreter aller Parteien stattgefunden. Da ist man nun auf den wahren Grund Ihrer Verfügung gekommen. Es ist nur deshalb geschahen, damit in der Verwaltung des Spitals auch jemand von Ihnen sitzt. Wenn nur jemand dabei ist, der Ihrer Richtung angehört, dann gibt es keine Beschwerden mehr, dann ist alles in Ordnung. Wie einseitig Ihre Verwaltungspolitik eingestellt ist, zeigt noch ein anderes Beispiel. Gemeinderat Plaschkes hat zwei schwere Anwürfe gegen die Mehrheit erhoben. Er hat gesagt, dass seine Konationalen bei der Heimatsrechtsverleihung angeblich benachteiligt werden. Diese Behauptung ist bis heute von Ihnen nicht widersprochen worden. Plaschkes hat gesagt, die einseitige Behandlung seiner Konationalen gehe insolange, als keine Wahl stattfindet. Er hat auch gesagt, meinetwegen sollen die Juden warten bis zu den nächsten Wahlen. Denn dann werden sie gegen gewisse Erklärungen wie im Jahre 1923 die Zuständigkeit erhalten.

Wenn wir über diese Dinge gesprochen haben wurden wir immer abgefertigt. Es wurde gesagt, dass seien Einbildungen der Christlichsozialen, und Stadtrat Richter hat alles mit einem Lächeln abgetan. Jetzt aber kommt der Doktor Plaschkes, der sicherlich nicht gut auf uns zu sprechen ist, und behauptet seine Beschuldigungen mit einer solchen Präzision, dass gar kein Widerspruch möglich ist. Das gibt zu denken. Wir wissen, wie damals der Vorgang gewesen ist. Alle Faktoren die verfassungsmässig dazu berufen waren, sind übergangen worden, lediglich ein Präsidialukus des Herrn Bürgermeisters genügte um die Leute schwindelhaft zuständig zu machen. Wieder liegt nun ein Jahr vor uns, in dem Wahlen sein werden. Wir warnen Sie also vielleicht auf diesem verbrecherischen Wege jene 300.000 Menschen zu erfassen, die für Ihre Machtergreifung im Staate notwendig sind. Wir verlangen eine unparteiische Handhabung der Vorschriften über das Heimatsrecht. Das gegenwärtige Gesetz hat ja gegen Bocksprünge einen Riegel vorgeschoben. Wir werden aber trotzdem niemals dulden, dass wieder ein so ungeheuerliches Unrecht an der Bevölkerung begangen wird. Ein Beweis dafür, wie Sie damals ganz ungewöhnlich Wähler fabriziert haben, ist die Gegenüberstellung der Budgetzahlen der Aufnahmetaxen für das Heimatsrecht. Sie haben für das Jahr 1927 ins Budget 250.000 Schilling eingestellt. Im Jahre 1923 hatten Sie aber 731.000 Schilling faktische Einnahmen.

Dr. Falschkes hat noch eine zweite Beschuldigung gegen Sie erhoben. Er hat gesagt, dass nach seinem Wissen und Erfahrungen beim Wohnraumbau gewöhnlich nur Ihre organisierten Parteiangehörigen berücksichtigt werden. In dieser Hinsicht haben wir ja auch schon Klage geführt. Was aber wurde uns geantwortet? Es wurde uns immer gesagt, unsere Beschwerden seien doch überflüssig. Wenn aber derselbe Vorwurf auch von anderen Leuten erhoben wird, dass gibt doch zu denken. Ich glaube schon, dass es jetzt an der Zeit wäre, Ihr Schweigen zu brechen und den Behauptungen des Herrn Gemeinderates Plaschkes zu antworten. Vielleicht ist auch hier die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses notwendig.

Ich will jetzt über ein anderes Thema sprechen, über das Feuerlöschwesen, dem die Mehrheit wenig Beachtung schenkt. Es wird immer gesagt, es sei alles in Ordnung. Ratschläge werden als lächerlich aufgefasst. Vor ein paar Tagen haben wir erst wieder gesehen, in welcher ständigen Gefahr sich Wien gegenüber grossen Bränden befindet. Der Redner beschäftigt sich sodann mit den Budgetzahlen des Jahres 1913 und 1927 für das Feuerlöschwesen.

Knapp vor ein Uhr bricht Gemeinderat Doppler seine Rede ab und der Gemeinderat nimmt die Wahl ^{eines Ersatzmannes} für den verstorbenen Nationalrat Widholz in den Fortbildungsschulrat vor. Nach-dem Vizebürgermeister Hoss mitgeteilt hatte, dass das Wahlergebnis in der Nachmittagsitzung mitgeteilt werde, schliesst er um ein Uhr die Sitzung.

18/12

✓

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

112
Zweite Ausgabe

Wien, Samstag, den 18. Dezember 1926.

Einzahlung von Steuern. Die Rechnungsteilungen der magistratischen Bezirksämtern, die Steuern und Abgaben einheben, bleiben vom 27. bis einschliesslich 31. Dezember für den Parteienverkehr geschlossen, weil in dieser Zeit die Steuerkonten abgeschlossen werden. Für die Erledigung unauflöslicher Fälle und für die unentgeltliche Ausgabe von Postsparkassenscheinen wird vorgesorgt werden. Die Möglichkeit der Einzahlung von Steuern und Abgaben wird nicht beschränkt, weil der für die Steuerzahler viel bequemere Weg der Postsparkassenzahlung offen bleibt. Bei dieser Gelegenheit wird neuerlich die Benützung des Postsparkassenverkehrs für die Einzahlung von Steuern und Abgaben empfohlen.

Ausstellung "Radio - Esperanto". Der Radiobund der Angestellten der Stadt Wien veranstaltet gemeinsam mit dem Esperantoverein der städtischen Angestellten Wiens in den Räumen des Radiobundes, XII. Ritzgasse 5, am Fuchsenfeld, Stiege 12, vom 20. Dezember bis 15. Jänner eine allgemein zugängliche Radio-Esperanto-Ausstellung. Eintritt frei. Täglich Lautsprechervorführungen, sowie Übertragung von Esperanto-Vorträgen aus dem In- und Auslande. Besuchszeit von 10 bis 20 Uhr. Stadtbahn: Linie 18 G, Strassenbahn: Linie 62.

Die Arbeitslosenhilfe der Gemeinde. Auch heuer hat die Gemeinde Wien ausser den üblichen Zuwendungen an die Arbeitslosen und ihre Familien noch zehn Milliarden für ausserordentliche Unterstützungen für sehr bedürftige Arbeitslose in den Voranschlag eingesetzt. Diese Summe wird so wie in den Vorjahren verteilt werden. Die Arbeitslosen haben sich wie im Vorjahre mit ihren Dokumenten (Heimatschein, Geburtsschein - auch für Frau und Kinder - Trauschein) je bei der zuständigen Gewerkschaft zu melden. Dort werden Antragsbogen ausgefüllt und die wirklich bedürftigen Arbeitslosen für eine Unterstützung an die Fürsorgeinstitute empfohlen. Die Arbeitslosen, die keiner Gewerkschaft angehören, müssen sich mit ihren Dokumenten beim Fürsorgeinstitut ihres Wohnbezirkes melden; ihre Bedürftigkeit wird dort erhoben.

Der Magistrat hat als Bedingung für die Gewährung einer solchen ausserordentlichen Unterstützung eine Arbeitslosigkeit von mindestens zwanzig Wochen festgesetzt. Bei Angestellten werden die zwanzig Wochen vom Tage der Einstellung ihrer Gehaltsbezüge an gerechnet. Die Höhe der einmaligen Unterstützung wurde mit mindestens zehn Schilling und mit höchstens zwanzig Schilling begrenzt. Diese Aushilfe erhalten aber nur Arbeitslose, die für eine Familie zu sorgen haben. Hat der Arbeitslose für seine Eltern oder seine Geschwister gesorgt, bekommt er gleichfalls die Unterstützung. Ausgesteuerte Arbeitslose werden auch dann berücksichtigt, wenn sie nicht im Familienverband leben.

Die Vorbereitungen für diese Notstandsaktion der Gemeinde werden in den nächsten Tagen abgeschlossen. Um unnötigen Andrang und allzu lange Warten bei den Fürsorgeinstituten zu vermeiden, werden die Gewerkschaften täglich nur tausend Anweisungen für ganz Wien ausgeben. Die Aktion wird sich also auf längere Zeit erstrecken.

Diese einmalige Unterstützung von bedürftigen Arbeitslosen durch die Gemeinde ist nur ein kleiner Teil der städtischen Arbeitslosenhilfe.

Die Befürsorgung der Arbeitslosen erforderte heuer rund 6,5 Millionen Schilling. Bekanntlich hat die Gemeinde auch die Kinder von Arbeitslosen ausgespeist und Pflegebeiträge gewährt. Diese Aktionen werden fortgesetzt. Die Ausgabe von Milchkarten für die Kinder von Arbeitslosen hat sich nicht bewährt; die Karten wurden meist nicht behoben. Es wird nun für die Säuglinge von Arbeitslosen durch die städtischen Jugendämter gesorgt werden.

Der Sammeltag für die Armen Wiens. Morgen (Goldener Sonntag) wird der offizielle Sammeltag für die Armen Wiens abgehalten werden. Wie in den früheren Jahren, haben auch heuer die Bezirksvorsteher und die Vorstände der Fürsorgeinstitute ein Komitee gebildet, das die Durchführung der Sammlung bezirksweise besorgt. Für die Sammlung werden nur amtliche Sammelbogen verwendet. Diese Sammelbogen werden in den Häusern aufgelegt und werden in einigen Bezirken die Komitees auch Sammlungen mit Sammelbüchsen veranstalten. Alle Organe, die bei diesen Sammlungen mitwirken, erhalten amtliche Legitimationen. Der im vergangenen Jahr abgehaltene Sammeltag für die Armen Wiens hat einen Ertrag von 187.884 Schilling 76 Groschen ergeben.

Das Begräbnis Dr. Wolfgang Madjeras. Am Wiener Zentralfriedhof wurde heute unter zahlreicher Beteiligung aus den Kreisen des literarischen Wien der bekannte Schriftsteller Dr. Wolfgang Madjera beerdigt. Dr. Madjera war bekanntlich Obermagistratsrat der Stadt Wien i. R. In Vertretung der Gemeinde nahm Vizebürgermeister Emmertling am Begräbnis teil und würdigte die Verdienste des Verbliebenen als Beamter des Wiener Magistrates, insbesondere als Vorstand der Wiener Baupolizei und gedachte auch seines hohen künstlerischen Schaffens als Dichter und Schriftsteller. Der Präsident des deutschen Schriftstellerverbandes Kleinert dankte nach seinem warm empfundenen Nachruf der Gemeinde Wien für die Ehrung, die die Stadt dem Verstorbenen durch die Beistellung eines Grabplatzes inmitten der letzten Ruhestätte der Wiener Geistesheroen zuteil werden liess.

Autobusverkehr am Goldenen Sonntag. Morgen (Goldener Sonntag) wird der städtische Autobus-Tagverkehr so wie an Werktagen geführt werden.

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. In der nächsten Woche werden folgende Strassen, die bisher mit Gas beleuchtet waren, elektrisch beleuchtet werden: In der Josefstadt die Laudongasse, in Rudolfst. die Hollergasse, in Ottakring Maroltingergasse und in Döbling die Sievringerstrasse.

Spenden für die Armen Wiens. Bürgermeister Seitz teilte im Gemeinderat mit, dass der unter dem Decknamen "Wilhelm" wirkende Wohltäter für arme Schüler der Knaben- und Mädchen Volksschule in der Vorgartenstrasse Allerheiligenplatz und für die Mädchen Volksschule in der Quellenstrasse fünfzig Paar Schuhe und 132 Paar Strümpfe gespendet hat. Der Gemeinderat sprach dem Spender den Dank aus.